

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche
Ordnung und Bevölkerungsschutz
am Dienstag, dem 10.05.2022, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:32 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht zur Ukraine-Lage	058/2022 5 – 6
3.	Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand	059/2022 7
4.	Vorstellung des Erfahrungsberichtes Rettungswesen 2021	060/2022 8
5.	Änderung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf	061/2022 9 – 10
6.	Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde	062/2022 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Dinter, Dennis	
Dufhues, Hannelore	
Kaup, Winfried	
Kühnel, Andreas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Marx, Burkhard	
Maschelski-Werning, Sophia	
Mindermann, Ursula	
Poppenberg, Bernhard	
Rosenbaum, Ulf	
Starke, Dennis	
Ströse, Dana	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
von Ketteler, Friedrich-Carl	
Werner, Olaf Martin	
Stellvertretende Ausschussmitglieder	
Claßen, Anne	Vertretung für Herrn Blömker
Kleibolde, Bernhard	Vertretung für Frau Gerwing
Wamba, Gilbert	Vertretung für Herrn Koch
von der Verwaltung	
Altenseuer, Udo	
Arizzi Rusche, Anna, Dr.	
Holtstiege, Ralf	
Schmedt, Carsten	
Schreier, Petra	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Blömker, Franz-Ludwig
Gerwing, Theresia
Koch, Karsten

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz sowie die Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2. Bericht zur Ukraine-Lage

058/2022

Frau Schreier berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1) über die aktuelle Ukraine-Lage. Nachdem anfangs ein komplett ungesteuerter Zuzug zu verzeichnen war, unter anderem auch durch privat organisierte Bustransfers, erfolgt nunmehr verstärkt eine gesteuerte Zuweisung durch die Bezirksregierung Arnsberg aber auch weiterhin kommt es zu selbst organisiertem Zuzug zu Verwandten oder Bekannten. Derzeit gibt es zu rund 100 bis 150 Zuzüge pro Woche. Die anfängliche Wanderbewegung scheint sich mittlerweile sehr zu verringern. Neben den kommunalen als auch privaten Unterbringungsmöglichkeiten stehen 180 weitere Unterkunftsplätze in der Sporthalle des Paul-Spiegel-Berufskollegs als Überlaufeinrichtung des Kreises zur Verfügung. Frau Schreier weist darauf hin, dass diese Reserve sinnvoll ist. Ebenso sollte auf eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Deutschlands geachtet werden. Zum 01. Juni 2022 erfolgt ein Rechtskreiswechsel, in dessen Folge die Leistungen für derzeit 1.643 Ukrainer nicht mehr nach dem Asylbewerberleistungsrecht, sondern nach dem Sozialgesetzbuch erfolgen. Der Gesetzentwurf liegt derzeit noch nicht vor. Das Jobcenter hat ermittelt, dass 772 neue Bedarfsgemeinschaften entstehen. Rund 300 hiervon wurden bereits angeschrieben und grundsätzlich informiert. Die zusätzlichen Aufgaben im Jobcenter sollen soweit möglich durch interne Umsetzungen bewältigt werden. Frau Schreier weist darauf hin, dass sowohl Anfragen von Arbeitgebern vorliegen als auch der Wille zur Arbeit bei den meisten Flüchtlingen deutlich erkennbar ist. Frau Schreier geht weiterhin auf die erhöhte Arbeitsbelastung für die Ausländerbehörde ein. Bis zum 31. August 2022 ist die erkenntungsdienstliche Behandlung des Großteils der Ukrainer erforderlich (Hinweis: Mittlerweile ist die Frist auf den 31.10.2022 hinausgeschoben worden). Hierzu erfolgte am vergangenen Freitag ein Telefonat mit Vertretern des Landes, die Unterstützung durch ein mobiles Team ab dem 30. Mai für etwa zwei Wochen zugesagt haben. Das mobile Team des Landes wird durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde ergänzt. Geplant ist die Unterbringung in der derzeit nicht benötigten Impfhalle in Ennigerloh. Frau Schreier zeigt sich zuversichtlich, dass bis Mitte Juni alle erkenntungsdienstlichen Behandlungen der betroffenen Ukrainer im Kreis Warendorf durchgeführt werden können. Frau Maschelski-Werning dankt für den Bericht. Frau Mindermann erkundigt sich, nach welchen Berufsgruppen seitens der Arbeitgeber gezielt gefragt werde. Herr Schmedt führt hierzu aus, dass sich die Anfragen auf alle Berufsschichten beziehen. Herr Luster-Haggeney fragt nach der Unterstützung durch die Polizei bei der erkenntungsdienstlichen Behandlung. Herr Schmedt erklärt hierzu, dass seitens der Polizei strafrechtliche Aspekte bei der erkenntungsdienstlichen Behandlung im Vordergrund stehen. Im Ausländerrecht wird ein anderer Prozess angewendet, bei der die Polizei derzeit nicht effektiv unterstützen kann. Zur Mitnutzung der bei der Polizei verwendeten Technik gebe es allerdings derzeit eine Anfrage auf Landesebene. Herr Kleibolde fragt nach dem Versicherungsschutz für die von den Flüchtlingen mitgebrachten Privatfahrzeuge. Herr Holtstiege führt hierzu aus, dass der ukrainische Versicherungsschutz bis zum 31. Mai 2022 gültig ist. Danach ist ein Nachweis über eine neue Versicherung oder eine Grenzversicherung erforderlich, solange sich die Rechtsgrundlage bis dahin nicht ändert. Die Versicherungswirtschaft ist derzeit mit der Erarbeitung von neuen Regelungen beschäftigt. Frau Ströse fragt, ob durch die personellen Umsetzungen im Jobcenter andere Aufgaben zurückgestellt werden müssen. Frau Schreier führt hierzu aus, dass die Aufgaben umverteilt werden, so

dass keine Aufgaben vernachlässigt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

3. Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand	059/2022
--	-----------------

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 2) über die aktuelle Corona-Entwicklung im Kreis Warendorf. Die Wellen sind mit denen auf Landes- und Bundesebene vergleichbar, allerdings haben sich die früheren Wellen mit anderen Varianten als gefährlicher herausgestellt. Mitte Februar 2022 erreichte die Omikron-Variante BA01 ihren Höhepunkt, Mitte März 2022 die Variante BA02. Seitdem sind sinkende Fallzahlen zu verzeichnen. Derzeit sind über 99% der Infektionen auf die Omikron-Variante zurückzuführen. Frau Dr. Arizzi Rusche verweist auf saisonale Effekte, allerdings wird auch von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Seit Januar werden zwar deutlich weniger Testungen durchgeführt, die Tendenz sei dennoch klar erkennbar. Auch in den Krankenhäusern ist die Lage vergleichsweise ruhig. Derzeit wird von einer Entwicklung zu einer endemischen Lage ausgegangen. Die Omikron-Variante BA03 gilt als nicht besorgniserregend, die Varianten BA04 und BA05 können besorgniserregend werden, sind jedoch derzeit in der BRD nicht verbreitet. Die Forschung geht derzeit nicht davon aus, dass sich eine „Killervariante“ entwickelt. Dennoch sollte die Lage aufgrund der Gefahr von Long Covid und im Hinblick auf vulnerable Gruppen nicht bagatellisiert werden. Die Impfquote steigt derzeit sehr langsam und liegt im Kreis Warendorf unter 80%, in NRW bei rund 79% und auf Bundesebene bei rund 76%. Ab dem 01. Oktober 2022 gilt der volle Impfschutz nur bei mindestens drei Impfungen. Frau Dr. Arizzi Rusche weist darauf hin, dass der weitere Verlauf vom Verhalten der Bevölkerung abhängt. Ein vorsichtiger Umgang ist somit weiterhin sehr wichtig, die Hygienemaßnahmen sollen beachtet werden. Die Ausbreitung der Corona-Pandemie in Pflegeeinrichtungen im Kreis Warendorf ist ebenfalls rückläufig. Die Isolation im Falle einer Infizierung kann bei Vorlage eines negativen Tests auf fünf Tage verkürzt werden. Die Bürgertests stehen zunächst bis Ende Juni 2022 zur Verfügung, die weitere Entwicklung ist bisher noch unklar. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht besteht seit dem 15. März 2022. Bei Nichteinhaltung erfolgen weitere Schritte durch das Gesundheitsamt. Frau Maschelski-Werning dankte für die Ausführungen. Herr Thiel fragt nach dem Impfstatus der in den Krankenhäusern behandelten Infizierten. Frau Dr. Arizzi Rusche erklärt, dass keine detaillierten Zahlen hierzu vorliegen. Es ist jedoch festzustellen, dass die Patienten überwiegend ungeimpft, teilweise geimpft oder vorerkrankt sind.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Vorstellung des Erfahrungsberichtes Rettungswesen 2021	060/2022
--	-----------------

Frau Schreier stellt den aktuellen Erfahrungsbericht Rettungswesen anhand einer Präsentation (Anlage 3) vor. Insgesamt wurde wiederum eine steigende Anzahl von Gesamteinsatzfahrten verzeichnet, die gravierende Auswirkungen hatten. Insbesondere ist es zu einer deutlichen Steigerung bei den Krankentransporten gekommen. Der bundesweite Trend bestätigt diese Entwicklung, die unter anderem auf geänderte familiäre Situationen, Fachärztemangel und eine gesunkene Hemmschwelle zur Alarmierung des Rettungsdienstes zurückzuführen ist. Durch geänderte Klinikstrukturen sind auch steigende Sekundärtransporte und Interhospitaltransporte zu verzeichnen. Die Corona-Pandemie hatte im Jahr 2021 eher geringe Auswirkungen auf den Rettungsdienst. Die Impfquote bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreisrettungsdienstes liegt bei 100%. Die gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungen wurden zu einem großen Teil digital durchgeführt. Viele Infektionsfahrten binden jedoch lange Zeit das Personal und das Fahrzeug. Frau Schreier gibt einen Überblick zur Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans. Der aktuelle Bedarfsplan basiert auf den Fallzahlen von Mitte 2018 bis Mitte 2019. Durch die starke Erhöhung der Einsatzzahlen sinkt gleichzeitig der Hilfsfristerreichungsgrad. Der Tages RTW Standort in Beelen konnte mittlerweile etabliert werden. Frau Schreier gibt einen Ausblick auf die aktuellen Projekte zur Einführung eines Tele-Notarzt-Systems auf Münsterlandebene sowie auf die Einführung der Mobilten Datenerfassung im Rettungsdienst. Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen. Insbesondere die Hilfsfristen sind im Auge zu behalten. Für die nächste Fortschreibung des Bedarfsplans regt sie eine gesonderte Sitzung des OBVs an. Frau Schreier weist auf das langwierige Verfahren hin. Herr Holtstiege erläutert die Vielzahl an erforderlichen Beteiligungen und die sich anschließenden Abstimmungen mit den Krankenkassen. Frau Schreier erklärt hierzu, dass der Erreichungsgrad von 90% kreisweit zu betrachten ist. Allerdings werden die Eintreffzeiten in Everswinkel immer beobachtet. Aufgrund der absoluten Zahlen der Hilfsfristüberschreitung haben die Krankenkassen bei der letzten Bedarfsplanfortschreibung einer Rettungswache in Everswinkel nicht zugestimmt. Herr Kühnel dankt ebenfalls für die Ausführungen und weist auf den schlechtesten Erreichungsgrad seit zehn Jahren hin, der in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich ausfällt. Auch er sagt die Unterstützung für die erforderlichen Maßnahmen zu. Herr Thiel erklärt, dass die Durchschnittswerte auf Kreisebene nicht hilfreich sind, um Maßnahmen abzuleiten. Er fragt nach den Gründen für Ausreißer bei den Werten. Herr Holtstiege erklärt, dass Witterungseinflüsse wie zum Beispiel Eis und Schnee, aber auch geschlossene Bahnübergänge für die Nichteinhaltung der Hilfsfrist sorgen. Teilweise entstehen Probleme bei der zeitnahen Patientenübergabe im Krankenhaus, so dass die Rettungsmittel länger gebunden sind und nicht für Paralleleinsätze zur Verfügung stehen. Im landesweiten Vergleich ist der Kreis Warendorf als großer ländlicher Flächenkreis nicht schlecht aufgestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5. Änderung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf 061/2022

Herr Holtstiege erläutert die Anpassung der Taxentarifverordnung für den Kreis Warendorf. Er verweist auf stark gestiegenen Preise, unter anderem durch die Ukraine-Krise sowie das Mindestlohngesetz. Er erläutert die Grundlagen und das Verfahren zur Änderung der Taxentarifverordnung. Der vorgelegte Entwurf wurde innerhalb der Münsterland-Kreise abgestimmt. Die ursprüngliche Version sah eine Erhöhung in diesem Jahr um 7,5% und im nächsten Jahr erneut um 7,5% vor. Nach erneuter Diskussion wurde nunmehr der Vorschlag mit der Erhöhung um 15% zum 01. Oktober 2022 erarbeitet. Herr Holtstiege erläutert, dass die Taxiunternehmen die Erhöhung nicht ausschließlich positiv bewerten, da durch höhere Preise möglicherweise Fahrgäste abgeschreckt werden könnten. Gleichwohl erfordern die höheren Kosten eine Anhebung der Tarife. Frau Ströse fragt, ob die Preissteigerung auch für die Schülerbeförderung gilt. Frau Schreier verweist auf gesonderte Tarife in diesem Bereich, so dass die Erhöhung hier nicht zum Tragen kommt. Herr Thiel verweist auf einen Rechenfehler, da teilweise zwischen 15 und 19% als Erhöhung zu verzeichnen sind. Frau Schreier verweist auf die Fußnote mit der Erläuterung, dass in 2 Fällen der Tarif aus dem Kreis Borken zugrunde gelegt wurde. Weiterhin verweist Herr Thiel auf die erforderlichen Beteiligungen der IHK und der Gewerkschaft. Hierzu führt Herr Holtstiege aus, dass die IHK beteiligt wurde. Die Beteiligung der Gewerkschaft lässt sich während der Ausschuss-Sitzung nicht klären, die Antwort hierzu wird nachgereicht. Herr Thiel verweist ebenso auf die Erhöhung des Mindestlohns als Hauptgrund für die Tarifierhöhung. Herr Holtstiege erklärt hierzu, dass auch weitere Preissteigerungen, beispielsweise bei Kraftstoff ursächlich sind. Insofern ist auch eine weitere Anpassung der Tarife im nächsten Jahr denkbar. Frau Mindermann fragt, ob private Mietwagen-Anbieter als Grund für den Rückgang von Taxifahrten angesehen werden und ob die Preise hier ebenfalls steigen. Herr Holtstiege führt hierzu aus, dass keine Zahlen vorliegen, aus denen sich der Rückgang im Taxigewerbe aufgrund von Mietwagenfahrten ableiten lassen. Die Preise in diesem Bereich können individuell ausgehandelt werden. Herr Starke weist darauf hin, dass die Vorlage aus seiner Sicht eher dem ÖPNV zuzuordnen ist und daher im Umweltausschuss behandelt werden sollte. Frau Schreier erläutert die Zuständigkeit des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und insofern die Beratung im OBVs. Herr Luster-Haggeney weist auf die erforderliche Anpassung der Taxentarife hin, die das Taxigewerbe dringend benötigt. Herr Kühnel weist darauf hin, dass durch Verzögerungen weiterer Schaden für das Taxigewerbe entsteht und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Herr Starke verweist auf die erforderliche Rechtssicherheit für den Beschluss. Herr Kühnel erklärt, dass er nach der Erläuterung seitens der Verwaltung keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit habe.

Herr Starke bittet um eine Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird von 10.50 Uhr bis 10.55 Uhr zur Beratung unterbrochen.

Frau Ströse erklärt, dass die Erhöhung für das Taxigewerbe unstrittig erforderlich ist. Sie regt eine Zustimmung mit dem Zusatz der Klärung zur Beteiligung der Gewerkschaft bis zur Sitzung des Kreisausschusses an. Herr Luster-Haggeney weist darauf hin, dass die Erhöhung zur Entlohnung der Mitarbeitenden von großer Bedeutung ist.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt und darauf verwiesen, dass bis zur Sitzung des KA eine Klärung bzgl. der Anhörung der Fachgewerkschaften erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis:

Ja	15
Nein	0
Enthaltung	3

6. Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde

062/2022

Herr Schmedt berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 4) über die Entwicklung in der Ausländerbehörde in den vergangenen Wochen und Monaten. Durch viele Zuzüge, unter anderem aus der Ukraine, sind stark steigende Zahlen zu verzeichnen. Weiterhin steht die Umsetzung europäischer Kontrollsysteme bevor. Auswirkungen auf den Personalstand sind derzeit noch nicht absehbar, werden aber zu erwarten sein. Herr Kühnel dankt für die Ausführungen und fragt nach einer Einschätzung zum Personalbedarf. Herr Schmedt erklärt hierzu, dass auch nach einem Austausch innerhalb der Münsterland-Kreise derzeit keine valide Prognose möglich ist. Dennoch versuche man, mit dem vorhandenen Personal auszukommen. Frau Schreier erläutert, dass bei der Umsetzung die Organisations-Abteilung des Haupt- und Personalamtes beteiligt wird. Herr Thiel fragt, ob die Finanzierung zur Umsetzung der europäischen Kontrollsysteme durch den Kreis Warendorf erfolgen muss und ob dadurch andere Datenbestände entbehrlich werden. Herr Schmedt erklärt, dass hier eine Umverteilung auf die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte erfolgt. Insofern ist auch die Finanzierung durch den Kreis sicherzustellen (keine Konnexität). Andere Datenbestände werden, soweit die Entwicklung derzeit eingeschätzt werden kann, nicht entbehrlich. Frau Mindermann fragt nach einem Zeitfenster für die Abarbeitung der derzeit bestehenden Rückstände. Herr Schmedt erklärt, dass die Rückstände derzeit rückläufig sind. Ein Zeitfenster lässt sich derzeit, auch bedingt durch Personalwechsel, nicht beziffern. Herr Holtstiege berichtet über Bürgergespräche. Die Kritik an langen Asylverfahren sei nachvollziehbar, aber in vielen Fällen nicht durch die Ausländerbehörde zu beeinflussen. Frau Schreier verweist auf das erforderliche Personal zur Abarbeitung der Corona-Pandemie, das sich aus nahezu allen Bereichen der Verwaltung zusammengesetzt hat, darunter auch aus Personal der Ausländerbehörde. Hierdurch sind weitere Rückstände entstanden. Frau Ströse fragt, ob die Rückführungszahlen der letzten Jahre im Kreis Warendorf zu denen im Land NRW korrelieren. (wie die Zahlen in NRW im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zu bewerten sind). Herr Schmedt sagt eine gesonderte Beantwortung der Frage zu.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Frau Maschelski-Werning dankt für die konstruktive Mitarbeit. Sie schließt die Sitzung um 11:32 Uhr.



Sophia Maschelski-Werning
Vorsitzende

gez. Ltd. KRd Petra Schreier
Schriftführerin